Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 12. Dezember 1930
Freitag Abend

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ erscheint wöchentl. zwölfmal Bezugspreis monatl. 4.35 RM d eig. Boten Durch d. Post 4.35 RM monatl einschl 0 60 RM Postzeitungsgeb Hierzu Bestellgeld Anzeigenpreis 0.40 RM. Fam.-Anz u Stelleng 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile Bei unverschuld Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
12. 12. a Nr. 580 10 Pfennig

Neue deutsche Protestnote in Genf

Gegen die Polengreuel in Oberschlesien — Weitere 200 Schandtaten gegen die Deutschen dem Völkerbund unterbreitet

Der deutsche Generalkonsul Völkers in Genf hat Freitag vormittag eine neue deutsche Protestnote beim Völkerbund überreicht, die sich mit weiteren polnischen Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien beschäftigt. Sie bedeutet eine Erweiterung der am 27. November unternommenen Protestaktion und ist durch das umfangreiche Material, das sie enthält, überaus geeignet, die deutsche These von der polnischen Gewaltherrschaft und von der Entrechtung der Deutschen zu erhärten. Die Note wird voraussichtlich am Sonnabend veröffentlicht werden.

Es ist anzunehmen, daß der neue deutsche Schritt Bezug nimmt auf eine Reihe besonders krasser Fälle, die in der letzten Zeit durch die Presse gegangen bzw. den deutschen Stellen bekanntgeworden sind. Wir greifen aus dem ungeheuer umfangreichen Material, das uns vorliegt, nur einige der besonders schwerwiegenden Fälle heraus:

Am 13. November wurde der deutsche Minderheitsangehörige Naiwa in Eichenau in seiner Wohnung von polnischen Aufständischen und Beamten überfallen und schwer mißhandelt. Seine Schwester wurde mit einem Gummiknüppel geschlagen und Wahlmaterial aus der Wohnung geraubt. Die Aufständischen bedrohten Naiwa, sie würden ihn wie einen Hund erschießen, wenn er Anzeige erstatten sollte.

Am 15. November wurde der deutsche Minderheitsangehörige Bainczyk von Aufständischen überfallen und schwer verletzt. Der zur Ueberführung ins Krankenhaus nachgesuchte Polizeischutz wurde verweigert.

Am 22. November wurde der zu 50 Prozent kriegsbeschädigte Kesselheizer Waisch in Eintrachthütte in seiner Wohnung überfallen, auf die Straße geschleppt und mit Stöcken und Gummiknüppeln dicht geschlagen, so daß er besinnungslos liegen blieb. Aus seiner Wohnung wurden die deutschen Stimmzettel weggenommen.

Am 22. November wurde der Arbeiter Kasparibus in Schwientochlowitz von 40 Aufständischen überfallen und schwer mißhandelt.

Am 23. November wurde der Arbeiter Swiza in einem anderen Orte von 30 Aufständischen aus dem Wahllokal gezerrt und blutig geschlagen, woran sich sogar ein Polizeibeamter beteiligte. Die Polizei verweigerte die Aufnahme eines Protokolls über diesen Terrorakt.

Genügend in Erinnerung stehen noch die Vorgänge in Golassowitz, wo aus Anlaß der Ermordung des polnischen Polizeibeamten Schnapka durch zwei übelbeleumdete Elemente 43 Deutsche verhaftet und eine Nacht lang im Kohlenkeller der Polizeiwache eingesperrt wurden. Sie wurden sogar am Niedersetzen oder Niederlegen verhindert und durften sich nicht einmal an die Wand lehnen.

Noch eine Woche nach den Wahlen, am 30. November, wurde der 63jährige Tischler Hoheifel in Kattowitz auf Veranlassung eines polnischen Reserveoffiziers aus einem Lokal geschleppt und so schwer mißhandelt, daß er sich jetzt noch in Lebensgefahr befindet.

Dies sind nur wenige Beispiele aus der endlosen Kette der Terrorakte, von denen etwa 200 bekannt sind. In der Note vom 27. November ist schon zum Ausdruck gebracht worden, daß aus Gründen der Uebersichtlichkeit darauf verzichtet worden sei, sämtliche Terrorfälle aufzuführen, sondern daß man sich darauf beschränken müsse, an einigen besonders schweren Fällen die Schutzlosigkeit der Minderheit nachzuweisen. Es handelt sich durchweg auch bei den jetzt nachgewiesenen Fällen um strafbare Handlungen, die meistens in Verbindung mit der Passivität der polnischen Polizei erfolgt sind. Aus allen diesen Fällen geht die offensichtliche Entrechtung und Unterdrückung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien hervor.

Sehr viele weitere Fälle sind in der Oeffentlichkeit weder bekannt noch behandelt worden. Ein Teil der schwersten Terrorakte wird sich überhaupt nicht ermitteln lassen, weil die Geschädigten sich scheuen, Anzeige zu erstatten und die aus derartigen Angaben entstehenden Weiterungen auf sich zu nehmen.

Der Völkerbund wird vor diesem erschütternden Material nicht untätig bleiben können.

Die letzte Reichstagssitzung vor der Pause

Der Reichstag, der sich zu seiner letzten Sitzung vor der langen Pause schon vormittags 10 Uhr versammelte, erledigte zunächst eine interessante Auseinandersetzung zwischen dem Reichstagspräsidenten und den Kommunisten, die dagegen protestierten, daß auf der Tagesordnung der Bericht des Haushaltsausschusses über die Frischfleischverbilligung fehle, obwohl der Aeltestenrat die Erledigung dieser Angelegenheit vorgesehen habe. Präsident Löbe erwiderte, der Gegenstand sei abgesetzt worden, weil die Frage des Gefrierfleischkontingents den Ausschuß im Januar beschäftigen werde und weil angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage ein positiver Beschluß über die Frischfleischverbilligung gegenwärtig nicht zustande kommen würde (Hört! Hört!) Lärm bei den Kommunisten).

Der Zwischenfall ist deshalb so aufschlußreich, weil ihm folgende Vorgeschichte zugrundeliegt: Der Haushaltsausschuß hatte feinerzeit die Vorschläge der Regierung über die Lieferung verbilligten Frischfleisches an die ärmere Bevölkerung abgelehnt und gleichzeitig den denkwürdigen 640-Millionen-Beschluß gefaßt, der die Arbeitsunfähigkeit des heutigen Parlaments in ein grelles Schlaglicht setzt. Es läßt tief blicken, daß der sozialdemokratische Reichstagspräsident dazu beigetragen hat, der Wiederholung eines derartigen agitatorischen Beschlusses durch das Reichstagsplenum von vornherein vorzubeugen.

Das Haus beriet zunächst die Anträge über Hilfsmaßregeln aus Anlaß der letzten Grubenkatastrophen. Nach den Ausschußvorschlägen sollen bis zu zwei Millionen zur Verfügung gestellt werden. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, der die Interpellationen beantwortete, stellte fest, daß die Ursache der verheerenden Explosion in Alsdorf im Dunkel geblieben sei. Die Oeffentlichkeit möge überzeugt sein, daß nichts unterlassen werde, um die Ursache zu ermitteln. Von irgendwelchen Verschleierungsabsichten sei keine Rede. Es seien auch entsprechende Maßregeln getroffen worden, um die Hinterbliebenen vor Not zu bewahren. Zu dem Unglück auf der Wenzeslaus-Grube erklärte der Minister, die Aufrechterhaltung des schlesischen Bergbaues sei wegen Kapitalmangels sehr schwierig. Die von verschiedenen Seiten verlangte lückenlose Statistik über ausländische Beteiligung am deutschen Bergbau könne deshalb nicht vorgelegt werden, weil diese Beteiligung nicht genau nachzuprüfen sei und weil sie bei der starken Verkettung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft dauernden Schwankungen unterliege. Der Minister versicherte zum Schluß, sein Ministerium werde bemüht bleiben, die Gefahren, die dem schwer arbeitenden Bergmann drohen, auf ein Mindestmaß zurückzuführen.

Bei der Rede des Sozialdemokraten Husemann gab es wiederholt Lärm bei den Kommunisten, als der Redner nämlich ankündigte, daß die Ausräumungsarbeiten in Alsdorf noch mindestens 5—8 Wochen dauern würden, und als er darauf hinwies, daß es im vorigen Jahre bei einigen wenigen Grubenkatastrophen in Rußland über 600 Tote gegeben habe.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium berichtete über die Verhandlungen wegen einer Stillegung der Wenzeslausgrube bei Neurode, deren soziale und wirtschaftliche Folgen überaus schwerwiegend sein würden. Verhandlungen mit der preußischen Regierung darüber, auf welchem Wege ein Weiterarbeiten der Grube ermöglicht werden könne, seien noch im Gange. Die Verwaltung der Grube habe die Stillegung beabsichtigt, weil sie wegen der dauernden Betriebsverluste auf dieser Grube eine Gefährdung ihres Gesamtunternehmens befürchte. Die Reichsregierung würde es begrüßen, wenn die Stillegung der Wenzeslausgrube verwieden werden könnte.

Im Verlauf der Grubendebatte kam es wiederholt zu scharfen Zusammenstößen. Während der Rede des Volkspartei ers Dr. Albrecht wurde der Nationalsozialist Dr. Ley wegen fortdauernder Zwischenrufe und Störungen aus dem Saale gewiesen. Auch andere Nationalsozialisten erhielten Ordnungsrufe. Dr. Albrecht erklärte, durch nichts werde das hehre Kleid des Nationalismus stärker beschmutzt als durch das Verhalten der Nationalsozialisten. (Großer Lärm.) Am Schluß der Debatte gab Dr. Albrecht die ausdrückliche Erklärung ab, daß seine Partei die Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums um die Wiederherstellung der Reichsarbeitsgemeinschaft mit Nachdruck unterstützen werde. (Lärm bei den Nationalsozialisten und Zurufe: „Das nennen Sie antimarxistisch!")

Reichsverband der Industrie bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing heute vormittag eine Abordnung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die ihm ihre Besorgnisse wegen Gefährdung der deutschen Handelspolitik durch zu weitgehende Zollschutzmaßnahmen für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte vortrug.

Die Volkspartei fordert weitere Einsparungen für 1931

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgenden Antrag im Reichstag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Sicherung gegen Schwankungen des Wirtschaftslebens dem Reichstag vor dem Eintritt in die Einzelberatung des Reichshaushalts für 1931

1. einen Ergänzungshaushalt vorzulegen, der die Einsparung eines weiteren Betrages von mindestens 300 Millionen Mark an den ordentlichen Ausgaben herbeiführt,
2. die zu diesem Zwecke erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen."

Die Volkspartei hat diese Aktion unternommen, da sie, wie wir erfahren, der Ansicht ist, daß zur Sicherung des in den Notverordnungen begonnenen Sanierungswerkes eine stärkere Ausbalancierung des Etatsentwurfes erforderlich ist. Sie stützt diese Auffassung darauf, daß im November Mindereingänge bei einer Reihe von wichtigen Steuern in bedenklichem Umfange zu verzeichnen waren. Der Antrag enthält keine Einzelhinweise, sondern spielt nur allgemein auf die Ersparnismöglichkeiten an, die nach Ansicht auch des Reichsrats an verschiedenen Stellen bestehen, besonders durch Verwaltungsvereinfachung, Kürzung bestimmter von der Preissenkung in günstigem Sinne beeinflußter Fonds, Arbeitslosenversicherungsreform usw.

Die Volkspartei ist, wie man hört, entschlossen, ihre Ersparnisaktion mit allen Konsequenzen durchzusetzen. Der Parteiführer Dingeldey wird zunächst dem Reichskanzler Dr. Brüning die Haltung seiner Fraktion darlegen. Da die Fristbestimmung „vor dem Eintritt in die Einzelberatung des Etats" gegeben ist, soll die Entscheidung bereits im Haushaltsausschuß fallen.

Aus volksparteilichen Kreisen hören wir weiter, daß die Antragsaktion wesentlich getragen worden sei von dem Wunsche, etwaigen neuen Steuerplänen — in manchen Kreisen wird ja bereits von einer drohenden Erhöhung der Umsatzsteuer gesprochen — ein für allemal vorzubeugen.

Weygand wird Generalissimus

Rücktritt des Marschalls Pétain

fs. Paris, 12. 12. (Eigenbericht)

Nach Informationen des „Paris Midi" stehen bedeutende Veränderungen in der obersten Leitung des französischen Heeres unmittelbar bevor. Der bisherige Generalstabschef Weygand soll an Stelle des Marschalls Pétain in den Obersten Heeresrat eintreten und zum Generalissimus avancieren. Zum Generalstabschef an seiner Stelle soll General Gamelin ernannt werden.

*

Senator Steeg setzt seine Bemühungen zur Bildung eines Kabinetts noch weiter fort. Die Tatsache, daß er nicht gescheitert ist, ist von einer gewissen Bedeutung. Schon gestern teilten wir mit, daß seine Versuche von Poincaré begünstigt werden, der, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, ein Kabinett Briand bereits kommen zu sehen glaubte und jedenfalls dies unter allen Umständen zu verhindern wünschte. Hier dürfte der Grund liegen, aus dem Steeg noch Aussichten hat, die Gruppen Tardieu und Maginot für sein Kabinett zu gewinnen.

Lehren der neuen Hochschulstatistik

Von

Dr. Karl Büchsel,

Verwaltungsdirektor bei der Universität Berlin

Mit gewohnter Promptheit ist bei Beginn des Wintersemesters der neue Band der „Deutschen Hochschulstatistik" erschienen (Verlag von Struppe und Winckler, Berlin 1930). Das von den deutschen Hochschulverwaltungen herausgegebene Werk ist mit umfangreichen textlichen Erläuterungen und übersichtlichen graphischen Darstellungen versehen. Es behandelt mit einer bis in kleine Einzelheiten gehenden Sachlichkeit die Ergebnisse der hochschulstatistischen Erhebungen des Sommersemesters 1930.

Man hat den neuen Band nicht ohne eine gewisse Spannung in die Hand genommen, waren doch in den letzten Monaten Meldungen über einen nicht unbeträchtlichen Rückgang in der Zahl der Studierenden aufgetaucht. An diese Meldungen wurden allerhand Kommentare geknüpft, in denen das Nachlassen der viel besprochenen Ueberfüllung der Hochschulen als eine feste Tatsache angegeben wurde. Die amtliche Statistik zeigt nun — und das ist ihr wichtigstes Ergebnis —, daß die Behauptung vom Rückgang der Studentenzahl auf einem Irrtum beruht. Statt des erhofften und bereits für das Sommersemester 1930 prophezeiten Rückgangs ist wiederum eine Zunahme in der Frequenz festzustellen.

Vergleicht man die Ziffern des Sommersemesters 1929 und des Sommersemesters 1930, so beträgt der Zuwachs bei den Universitäten 6557 oder 7 Prozent, bei den Technischen Hochschulen 695 oder 5,2 Prozent. Ein Rückgang ist zu verzeichnen bei den Handelshochschulen und den land- und forstwirtschaftlichen Hochschulen. Sämtliche deutsche Hochschulen zählten im Sommersemester 1925: 89 489 Studierende, im Sommersemester 1930: 132 090 Studierende. Die Hauptmasse des Zustroms entfällt auf die Universitäten, deren Studentenzahl von 59 980 im Jahre 1925 auf 100 381 im Jahre 1930 gestiegen ist.

Das Tempo der Aufwärtsbewegung, das besonders in den Jahren 1927, 1928 und 1929 ganz stürmisch war (im Sommersemester 1928 betrug die Zunahme an den Universitäten 15 Prozent), hat etwas nachgelassen. Die statistische Kurve klettert jetzt nicht mehr ganz so steil nach oben, wie vor zwei Jahren. Von einem wirklichen Stillstand oder einem Rückschlag in der Bewegung kann man besonders bei den Universitäten im allgemeinen noch nicht sprechen. Wie ungeheuerlich hoch die heutigen Zahlen sind, zeigt am besten der Vergleich mit der Vorkriegszeit. Im Sommersemester 1914 hatten sämtliche deutschen Hochschulen (ohne die Universität Straßburg, Technische Hochschule Danzig und die philosophisch-theologischen Hochschulen Pfefen und Kulm) 77 533 Studenten. Vergleicht man diese Zahl mit der obengenannten für 1930, so ergibt sich eine Erhöhung von 69 557 Prozent. Im Jahre 1914 kamen auf je 100 000 Einwohner des Deutschen Reiches 106,4 Studenten, im Jahre 1930 192,7.

Die Entwicklung der einzelnen Studienfächer stellt sich in besonders charakteristischen Zügen folgendermaßen dar: Die sehr starke Zunahme der evangelischen Theologen beginnt nachzulassen. Bei den Juristen ist ein schwacher Rückgang zu verzeichnen. Nach dem unerhört sprunghaften Ansteigen der Zahlen in diesem Fach will dieser Rückgang allerdings nicht allzuviel besagen. Eine erhebliche Weitervermehrung ist bei den Medizinern eingetreten, die mit rund 26 000 Studierenden = 19,6 Prozent der Gesamtheit an der Spitze der Fächer stehen. Die starke Zunahme im Studium der Philologie und Geschichte sowie der Mathematik und Naturwissenschaften ist im ganzen zum Stillstand gekommen. Die Zahlen liegen aber hier noch überaus hoch. Steigerungen weisen alle Sprachen, Geschichte, Germanistik, Physik und Chemie auf. Bei den technischen Wissenschaften, Landwirtschaft und Forstwissenschaft wird ein Rückgang der Zahlen beobachtet, während Bauingenieurwesen und Architektur zugenommen haben.

Das Frauenstudium hat sich in erster Linie auf die der pädagogischen Ausbildung dienenden Fächer und in zweiter Linie auf die Medizin konzentriert. 35 Prozent der Studentinnen studieren geisteswissenschaftliche Fächer der philosophischen Fakultät; 23,4 Prozent studieren Medizin. Was die Frequenz der einzelnen Universitäten angeht, so steht Berlin mit 13 120 Immatrikulierten an der Spitze. In starkem Abstand folgen München, das 1925 Berlin überflügelt hatte, mit 8740, Leipzig mit 6679 und Bonn mit 6369. Bemerkenswert ist das starke Anwachsen kleiner Universitäten wie Königsberg, Rostock, Würzburg und Tübingen.

Der Versuch, die soziale Gliederung der Studentenschaft statistisch zu erfassen, ist weiter ausgebaut. Wenn festgestellt wird, daß der weitaus größte Teil der Studenten — etwa zwei Drittel — dem sogen. Mittelstande entstammt, so muß man dabei bedenken, daß für die Statistik eine einwandfreie Abgrenzung des Mittelstandes, besonders nach unten, nicht möglich ist. Mir scheint, daß bei genauerer soziologischer Scheidung manche Gruppen, die jetzt noch zum Mittelstande zählen, anders einzuteilen sind, und ich glaube, daß der Anteil der sogen. „unteren Schichten" tatsächlich höher anzusetzen ist.

Von Interesse ist die Tatsache, daß der Prozentsatz von Arbeiterkindern an den Hochschulen nicht geringer ist, wie bei den Oberstufen der höheren Lehranstalten. Nur ein gutes Fünftel aller Studenten stammt von Vätern mit abgeschlossener Hochschulbildung. Die tendenzlöse Behauptung, daß die Hochschulen eine Domäne für eine privilegierte Klasse seien, ist so völlig widerlegt, daß sie endgültig verschwinden müßte. Der Anteil der Väter mit abgeschlossener Hochschulbildung ist in den letzten Jahren erheblich gesunken. Beinahe die Hälfte aller Studierenden sind Beamtenkinder. Der Anteil der mittleren Beamten ist doppelt so groß, wie der der höheren.

Für eine sehr große Zahl der jetzt immatrikulierten Studenten und der demnächst neu hinzutretenden kann es gar nicht zweifelhaft sein, daß sie nach beendigtem Studium in den gewählten Beruf kein Unterkommen finden werden. Die jungen Leute werden nach bestandenem Examen irgendwo anders Arbeit oder Beruf suchen müssen und werden zum Teil, wie schon jetzt manche Werkstudenten, als ungelernte Arbeiter Dienste niederer Art verrichten müssen, um wenigstens ihr Brot zu haben. Für diese Studenten, die mit großen Hoffnungen auf die Hochschule zogen, sind dann die wertvollsten Lebensjahre zwecklos vertan und große Geldsummen ohne Erfolg aufgewendet. Statt des erhofften sozialen Aufstiegs werden sie einen sehr schmerzlichen Abstieg erleben.

Der ernste Mahnruf, den der Hauptausschuß des Verbandes der deutschen Hochschulen vor kurzem auf seiner Tagung in Würzburg erlassen hat, erhält unter diesen Umständen eine vermehrte Bedeutung. Es ist nur zu begreiflich, daß in der Jugend Deutschlands das starke Verlangen herrscht, „neuen Lebensraum" zu gewinnen. Eine ganz nüchterne Betrachtung der Wirklichkeit muß aber davon überzeugen, daß heutzutage nur für wenige, besonders Begabte der Weg zum Aufstieg und zu freier Lebensbetätigung über das Hochschulstudium führen kann.

„Hänsel und Gretels Weihnachtsabend" geht als Weihnachtsmärchen am Sonnabend, dem 13., nachm. 4 Uhr und Sonntag, dem 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, neueinstudiert im Theater in der Klosterstraße in Szene. Regie: Franz Sondinger. Musik: Georg Kunsch.

Bernard Shaw wider Willen

Von unserem Berichterstatter

sx. London, im Dezember

Das Folgende ist ein gestohlenes Interview oder eine gestohlene Wahrheit.

Jemand hatte mich mitgenommen. Er hatte versprochen, zu sehen und zu hören, wie Bernard Shaw eine Ausstellung eröffnet. Moderne russische Photographien waren an den Wänden eines Klubs aufgehängt. Lauter Ausdrücke, Ausdrücke auf den Gesichtern von Kindern, von Schornsteinen, landwirtschaftlichen Traktoren, Ausdrücke von Weltweisheit auf den Gesichtern von gleichgültigen Menschen und gleichgültigen Dingen. Das alles in dem Milieu, das der Engländer für künstlerisch oder gar bohémien hält. In einer obskuren Querstraße geht es eine obskure Stiege hinauf zu dunklen, muffigen Räumen. Eine fortgeschrittene Menschheit drängt und schiebt sich. Bernard Shaw spricht gerade die letzten Worte. Dann versuchen die Leute, die Photos anzuschauen.

Shaw läßt sich auf freundliche Gespräche mit weiblichen Bewunderern ein. Der Verkehrsstrom blockt mich neben ihm fest. Er spricht mit einer Dame, die ein Kind an der Hand führt. Das Kind versucht, eine Streichholzschachtel zu ergattern, die vor dem alten Herrn auf einem Tischchen liegt.

Ich gebe dem Kind die Streichholzschachtel. Auf meine freundliche Frage, was es mit den Streichhölzern machen werde, antwortet es: „Ich weiß nicht."

Ich schlage dem Kind vor, doch den alten Herrn zu fragen, und es fragt. Der alte Herr überlegt einen langen Augenblick.

Ich sage: „Seien Sie vorsichtig. Ich bin ein deutscher Journalist. Was Sie jetzt sagen, wird gedruckt."

Shaw beugt sich zu dem Kind und sagt:

„Wenn ich ein Russe wäre, würde ich wohl irgendetwas in Brand stecken. Als Engländer stecke ich mein — Kaminfeuer an!"

Bionardo kehrt heim. Aus Mailand meldet uns ein Eigenbericht: Ein wertvolles Marmorfragment hat aus Amerika seinen Weg nach Italien zurückgefunden. Es